

Nr. **XIX. GP.-NR**  
**132** /J  
**1994 -12- 07**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Anschober, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Finanzierung des öffentlichen Verkehrs durch die Länder

Im Gegensatz zum Bund, der viel zu langsam aber doch die Investitionsströme verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern bereit ist, machen bei den Ländern größtenteils die Straßenbudgets nach wie vor ein vielfaches der Budgetmittel für den öffentlichen Verkehr aus. Dies wurde auch durch die Zuweisungen der seit 1.1.1994 erhöhten Mineralölsteuer an die Länder kaum verändert, zumal die Verwendung dieser Mittel teilweise fragwürdig, teilweise undurchsichtig ist. Schließlich führen die ÖBB seit Monaten gerechtfertigte Verhandlungen mit den Ländern auf Mitfinanzierung von regionalpolitisch besonders bedeutsamen Regional- und Nebenbahnen.

Aus diesem Grund richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende schriftliche

### **ANFRAGE:**

1. Wie gliedert sich im österreichischen Bundesbudget 1995 das Gesamtbudget für den Straßenbereich sowie jenes für den öffentlichen Verkehr auf? Wie lautete das entsprechende Verhältnis jeweils in den vergangenen 10 Jahren? Welche Verschiebung des Verhältnisses strebt der Verkehrsminister bis zum Ende der Legislaturperiode an?
2. Welche Informationen besitzt der Verkehrsminister über das entsprechende Budgetverhältnis zwischen Straße und öffentlichen Verkehr in den einzelnen Bundesländern?

3. Welches Gesamtverhältnis an Investitionen des Bundes, der Länder und der Gemeinden einerseits für den öffentlichen Verkehr und andererseits für den Straßenbereich bestehen derzeit insgesamt?
4. Welche Informationen besitzt das Verkehrsministerium über die Verwendung jener erhöhten Mineralölsteuererträge, die seit dem 1.1.1994 eingehoben werden und den Ländern zur Verfügung gestellt wurden? In welchen Ländern wurden welche Summen konkret für welche Ausgaben herangezogen? Hält der Verkehrsminister in all diesen Fällen die Verwendung mit der gesetzlichen Widmung für vereinbar? Wenn nein, welche Maßnahmen werden ergriffen?
5. Welche Informationen besitzt der Verkehrsminister über die Verhandlungen der ÖBB mit den einzelnen Bundesländern, um eine Mitfinanzierung der Nebenbahnen und Regionalbahnen zu erreichen? Wann wurden mit welchem Bundesland von wem die Verhandlungen jeweils gestartet? Welche Verhandlungsrunden wurden jeweils seither durchgeführt? Welche konkreten Forderungen der ÖBB bestehen jeweils unter Bezugnahme auf welche Neben- bzw. Regionalbahn? Welche konkreten Zugeständnisse wurden seither seitens welcher Länder durchgeführt? In welchem Zeitraum sollen die Verhandlungen abgeschlossen werden und endgültige Entscheidungen fallen? Welchen konkreten Nebenbahnen bzw. Regionalbahnen droht nach der derzeitigen Verhandlungslage das Aus bzw. eine starke Einschränkung?